

Jeder Baum, der fällt, muß ersetzt werden!

Die DKP-Mörfelden behandelte auf einer ganztägigen Tagung im Bürgerhaus kommunale Probleme.

In der Diskussion wurden vorwiegend Verkehrsfragen in unserem Ballungsgebiet und Probleme, die mit der Einführung der Lohnsummensteuer zusammenhängen berührt.

Die DKP ist der Meinung, daß der Durchgangsverkehr in der Stadt ein Ausmaß erreicht hat, der eine Änderung des Verkehrsverlaufs schnellstens erfordert. Das Ruhebedürfnis der arbeitenden Bevölkerung, die Sicherheit der Kinder und alten Menschen muß Vorrang haben. Deshalb fordert die DKP die Beschleunigung aller Planungen, die vorsehen, den Durchgangsverkehr um die Stadt herumzuleiten. Bei einer Neutrassierung, bei der Erholungsgebiete abgetrennt werden, sind ausreichende Unter- bzw. Überführungen zu schaffen, damit diese Gebiete für Fußgänger und Radfahrer erreichbar bleiben. Vom Magistrat soll eine Mitteilung über das Ausmaß des Waldverlustes beim Bau dieser neuen Straßen erbeten werden. In diesem Zusammenhang fordert die DKP, daß Wald, der durch Neutrassierung geschlagen werden muß, jetzt schon durch Neuaufforstung ausgeglichen werden muß.

Erholungswert des Waldes ist gesunken

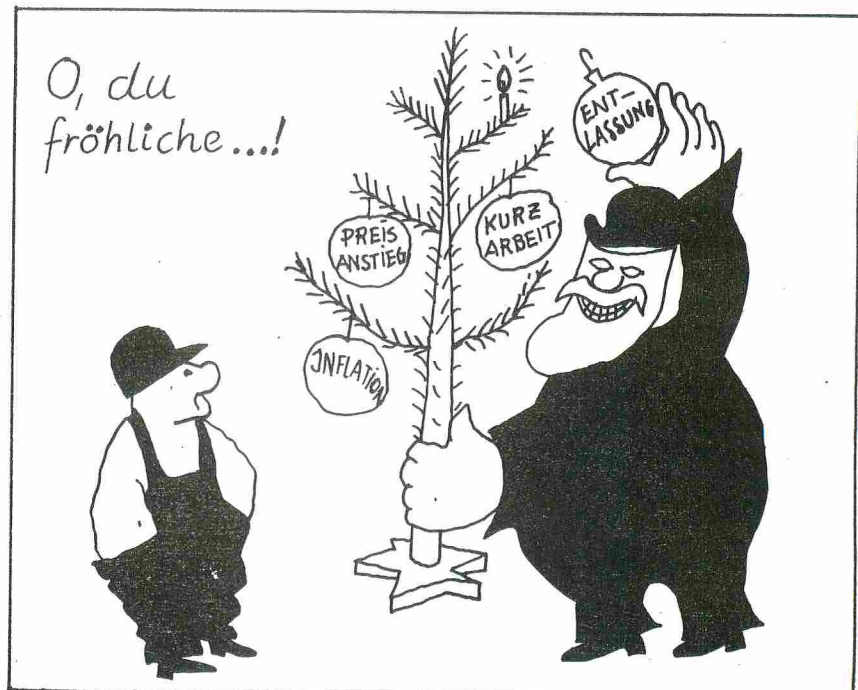
Schon jetzt sind weite Waldgebiete in ihrem Erholungswert stark beeinträchtigt. Im Schlichter werden Erholungs-

suchende durch permanente Starts und Landungen auf dem Rhein-Main-Flughafen belästigt. Im Oberwald sind ganze Waldgebiete verloren durch das Munitionsdepot der US-Army und die Langener Abwässer. Der Fluglärm von Egelsbach beeinträchtigt darüber hinaus dort die Spaziergänger.

Die DKP fordert in diesem Zusammenhang erneut die Auflösung des amerikanischen Munitionslagers, da die dort gelagerten ABC-Waffen die Bevölkerung unseres Ballungsgebietes gefährden. Ein Sonntag-Start- und Landeverbot in Egelsbach hält die DKP ebenfalls für notwendig, da diese Sportflugzeuge

erheblichen Lärm verursachen und damit den Interessen der Erholungssuchenden (die während der Woche im Arbeitsprozeß stehen) zuwiderlaufen. In der Diskussion wies man weiter daraufhin, daß die Expansionspläne des Rhein-Main-Flughafens noch nicht vom Tisch sind. Die DKP ist gegen jeden weiteren Ausbau des Flughafens, der Waldgebiete vernichtet.

In der Diskussion wurde mehrmals die Forderung erhoben, daß für jeden gefällten Baum künftig ein neuer gepflanzt werden muß. In diesem Zusammenhang wurde auf die alte DKP-Forderung verwiesen, im Gebiet um die Gesamt-▷



▽ schule ein Naherholungszentrum zu errichten.

Da mittlerweile allen sichtbar sei, daß die hochfliegenden Pläne der anderen Parteien, die die totale Bebauung dieses Gebietes vorsahen, geplatzt sind, könnte hier sehr wohl ein Volkspark mit Sportanlagen, Park- und Wiesenflächen entstehen.

Die DKP ist der Meinung, daß der Zersiedelung Einhalt geboten werden muß.

Die Lohnsummensteuer löst nicht die Finanzprobleme der Stadt

Die DKP-Mörfelden befaßte sich bei ihrer Klausurtagung auch mit der Einführung der Lohnsummensteuer. Sie lehnte es ab, die Einführung der Steuer zu befürworten. Die DKP betonte, daß es bei der Suche nach neuen „Einkommensquellen“ keinesfalls gerechtfertigt ist, lohnintensive Klein- und Mittelbetriebe besonders zu belasten. Dieses würde aber die Lohnsummensteuer insgesamt zur Folge haben.

Angesichts der akuten Finanznot der Städte, die auch die Stadt Mörfelden erfaßt hat, wiederholt die DKP, daß es unabdingbar ist, in Bonn eine Umverteilung des Gesamtsteueraufkommens durchzusetzen. Der Anteil der Kommunen muß nach Meinung der DKP von gegenwärtig 12 Prozent auf 20 Prozent erhöht werden. Es gibt keine Lösung der Finanzkrise auf örtlicher Ebene, und keine Lösung auf Kosten der Kleingewerbetreibenden.

Die DKP lehnt deshalb auch alle Gebühren- und Tarifierhöhungen ab. Sie ist dagegen, daß die Folgen der Krise auf die Bevölkerung abgewälzt werden.



WAHLNACHLESE

Die DKP-Mörfelden führte einen aktiven Wahlkampf. Neben Infoständen, Versammlungen und einer guten Sichtwerbung gab es auch originelle Aktionen. So staunte die SPD, die sich zum Spezialisten für Einweihungen kurz vor Wahlen entwickelt hat, nicht schlecht, als der DKP-Ponywagen gleich nach HSV und der Kreisprominenz die neue Bahnunterführung „einweihte“.

Die DKP-Mörfelden dankt allen ihren Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen. Der Stimmenzuwachs für die DKP in Mörfelden und Walldorf ist die Gewähr dafür, daß auch nach der nächsten Kommunalwahl die DKP im Stadtparlament die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten wird.

Die SPD sichert Ihren Arbeitsplatz! Heute und morgen!

Wir spielen nicht mit der Existenzangst von Millionen Arbeitnehmern. Mit unserer umsichtigen Wirtschafts- und Finanzpolitik halten wir die Preise stabil. Und die Arbeitsplätze sicher. In den nächsten 4 Jahren werden 40.000 Arbeitsplätze neu geschaffen. Und es wird auf allen Gebieten weiter aufwärtsgehen. Mit unserem Programm

Hessen '80: Mehr und bessere Straßen. Neue klassenlose Krankenhäuser. Mehr Kindergärten. Umfassende Gesundheitsvorsorge. Verbesserte Ausbildungsprogramme. Dazu mehr Rechte für Arbeitnehmer durch ein neues Betriebsverfassungsgesetz. Mehr Mitbestimmung. Eine gerechtere Vermögensverteilung. Ein gerechteres Steuersystem.

Der Rentenbeitrag ist abgeschafft. Der Bildungsurlaub wird kommen. Die flexible Altersgrenze soll stufenweise eingeführt werden. Um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.

Hessens Zukunft darf nicht schwarz werden. Wählen Sie SPD. Wählen Sie Albert Osswald und seine Minister.



Was Wahlversprechen wert sind, kann hier jeder nachprüfen. In der BRD geht es auf die Eine-Million-Arbeitslosengrenze zu. Über 8.000 Arbeitslose gibt es allein im Bezirk Darmstadt, hier haben 60 Betriebe Kurzarbeit angemeldet. Bei Opel in Rüsselsheim wurden innerhalb eines Jahres 7.000 Arbeitsplätze vernichtet, seit über einem Jahr arbeiten hier jeweils zirka 22.000 Kollegen kurz und müssen dabei Lohnneibußen hinnehmen. Das ist die Krise des kapitalistischen Systems. Die Versprechen der Parteien, die dieses System stützen, bleiben was sie sind – Versprechen, die nicht gehalten werden.

SPD

damit der Fortschritt weitergeht

Die CDU „sticht der Hafer“. Offen-sichtlich spekulieren sie, daß die von der SPD/FDP-Regierung enttäuschten Arbeiter ihr auch weiter auf den Leim gehen.

CDU-Pfeffer aus Walldorf prophezeit jedenfalls jetzt schon einen CDU-Bürgermeister für „Waldfelden“ (siehe FR, 5.11.74).

Ortsvereinsvorsitzender Pfeffer wertete dieses Ergebnis nicht zuletzt auch als einen Erfolg . . .

. . . Unbeirrt werde man den eingeschlagenen Weg fortführen, „um spätestens bei der nächsten Kommunalwahl die SPD in der dann neuzubildenden Stadt Waldfelden auf die Oppositionsbank zu verweisen“.

Immerhin, ein Grund mehr, wachsam zu sein, daß Dregger in Mörfelden/Walldorf nicht noch mehr an Boden gewinnt.

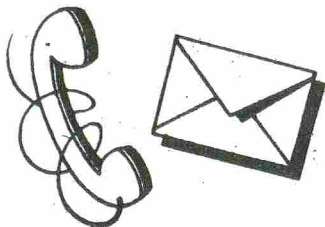
Das sind die Stadtverordneten der DKP in Mörfelden:

Michael Denk
Mörfelden, Gartenstraße 15
Telefon: 14 55

Heinz Hechler
Mörfelden, Ellenbogenstraße 8
Telefon: 33 35

Erich Schaffner
Mörfelden, Hochstraße 6
Telefon: 2 31 55

Artur Siegel
Mörfelden, Kalbgsasse 9
Telefon 14 47



Schreiben Sie ihnen oder rufen Sie einfach an, wenn Sie Probleme haben, die im Parlament behandelt werden sollten. Selbstverständlich können Sie auch jeden DKP-Stadtverordneten auf der Straße ansprechen oder besuchen.

OFFENER BRIEF AN DIE MITGLIEDER DER SPD IN MÖRFELDEN

29. Oktober 1974

Liebe Genossen!

Wir bedauern wie Ihr das Anwachsen der CDU-Stimmen in Hessen und Mörfelden. Der CDU gelang es, mit einer beispiellosen nationalen und sozialen Demagogie den Anschein zu erwecken, sie sei in der Lage, die kapitalistische Krisenentwicklung zu stoppen. Sie verschärfte den Antikommunismus und scheute nicht vor persönlichen Diffamierungen des Gegners zurück. Sie wollte damit vor den Arbeitern und Angestellten verschleiern, daß sie die Partei des „großen Geldes“ ist. Die CDU und ihre Geldgeber planen und praktizieren nichts anderes, als die wirtschaftlichen Krisenfolgen in Form von Preissteigerungen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Das ist die eine Seite.

Die rechten sozialdemokratischen Führer traten dem Großkapital und der CDU nicht offensiv entgegen. Sie verzichteten auf dringend notwendige Reformen, sie wandten sich gegen Lohn- und Gehaltsforderungen der arbeitenden Bevölkerung. Anstatt den Macht- und Profitinteressen des Großkapitals entgegenzutreten, wälzten sie die Krisenlasten auf das werktätige Volk ab. Anstatt mehr Demokratie praktizieren sie Berufsverbot. Das ist die andere Seite.

Das Ergebnis: die CDU ist in Hessen die stärkste Partei geworden. Das Wahlergebnis in Mörfelden hat einige Besonderheiten. Obwohl viele unserer Wähler „zähneknirschend“ SPD wählten, um Dregger abzuhalten, gewannen wir 1,4 Prozent Stimmen hinzu. Viele Leute wußten, die undemokratische Fünf-Prozent-Klausel hindert zur Zeit die DKP, in den Landtag zu kommen. Und trotzdem wählten sie uns. Warum? Weil sie unseren konsequenten Einsatz für die arbeitende Bevölkerung honorierten. Unser Stimmengewinn in Mörfelden zeigt, daß auch nach einer Zwangsfusion die DKP im Stadtparlament vertreten sein wird.

Die Abnahme Eurer Stimmen zeigt, daß die Bevölkerung dagegen ist, daß man einfach die Gebühren erhöht, wenn ein Loch in der Stadtkasse ist. Wenn das Geld fehlt für notwendige kommunale Aufgaben, dann muß man offen aussprechen, wo das Geld herkommen muß. Auch im Stadtparlament muß gefordert werden: Mehr Geld den Städten und Gemeinden, runter mit der Rüstung. Auch im Stadtparlament muß man dafür eintreten, daß die Steuern umverteilt, die Steuerflucht unterbunden, die Profite der Großkonzerne beschnitten werden.

Das Mörfelder Wahlergebnis zeigt, daß solche antikommunistischen Angriffe gegen die DKP (wie in der letzten Anzeige im „Freitags-Anzeiger“) nichts nützen. Diese Argumente kommen aus der Mottenkiste, laßt sie drinnen. Es hat sich nämlich mittlerweile herumgesprochen, daß es in der DDR weder Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, noch Steuer- und Gebührenerhöhungen gibt.

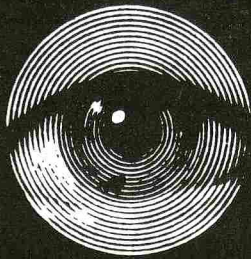
Das Mörfelder Wahlergebnis zeigt weiter, daß Eure Politik des Zubauens und Fusionierens nur der CDU nützt. Das beweist die Analyse der Stimmen in den Stimmbezirken 5 und 6. Dieses Ergebnis in den neuen Wohngebieten haben wir erwartet. Wir befürchten, daß diese Entwicklung weitergehen wird. Die SPD in Mörfelden und Walldorf hat nur noch einen knappen Vorsprung von etwas über 1.000 Stimmen vor der CDU. Das müßte Euch zu denken geben. Wir meinen, es ist kein Lokalpatriotismus, wenn man die guten Arbeiterpositionen in Mörfelden bewahren will. Daß der Beschluß, Mörfelden und Walldorf zu fusionieren — immer mehr Menschen hier anzusiedeln, alles zuzubauen — falsch war, haben mittlerweile auch viele Mitglieder Eurer Partei erkannt. Wir meinen, falsche Beschlüsse kann man revidieren.

Liebe Genossen!

Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundfragen harren in diesem Lande auch nach den Landtagswahlen ihrer Lösung. Den Angriffen der Reaktion, die nach den Wahlerfolgen der CDU zweifellos verstärkt werden, muß gemeinsam entgegengetreten werden. In Hessen und in Mörfelden. Die DKP ist bereit zum gemeinsamen Handeln.

Mit freundlichen Grüßen
Deutsche Kommunistische Partei
— Mörfelden —

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Im Herbst geplante Müllgebühren- erhöhung abgewehrt

Die noch für den Herbst des Jahres vorgesehene Erhöhung der Müllgebühren wurde vorerst fallengelassen. Bei nochmaligem Erörtern im Haupt- und Finanzausschuß nahmen auch die früheren Befürworter davon Abstand. Jetzt hätte man „nur“ den Fehlbetrag für das Rechnungsjahr 74 von 51.400 DM umgelegt auf 5.120 Mülltonnen, auf die Bürger abwälzen können. Dies ergäbe eine Gebührenerhöhung von 20 DM auf 32 DM — also von „nur“ 60 Prozent. Da aber erst im kommenden Frühjahr das große Defizit von nahezu 400.000 DM, durch das vom Kreis geforderte „Kopfgeld“ plus Verwaltungskosten, entsteht, wollen die drei übrigen Parteien im Stadtparlament (SPD, CDU und FDP) dann gleich richtig erhöhen (wie von uns im „blickpunkt“ Nr. 47 bereits berichtet).

Wir, die DKP, und unsere vier Stadtverordneten, hätten jetzt im Herbst nicht zugestimmt und wir werden auch im Frühjahr keiner Gebührenerhöhung zustimmen. Wir werden aber auch weiterhin als einzige Partei frühzeitig über solche Vorhaben informieren. Wir kämpfen für Preisstopp sowie für Sicherung des Realeinkommens der arbeitenden Bevölkerung und werden, da wir es ehrlich meinen, nicht noch mit an der Preis- und Gebührenschraube drehen. Da stören uns auch die üblen Beschimpfungen der drei anderen Parteien nicht.

Wenn wir im „blickpunkt“ der Bevölkerung frühzeitig mitteilen, was die anderen vorhaben, dann meint FDP-Schmidt, wir würden unverantwortlich handeln.

Wenn wir sagen, daß sich in den Gemeinden und Städten die Finanzsitua-

tion erst dann ändert, wenn in Bonn eine Politik zugunsten der Städte betrieben wird, wenn Steuerflucht unterbunden, Riesengewinne abgeschöpft und die Rüstung gekürzt werden, dann will uns SPD-Brehl lächerlich machen und „der DKP einen ausgedienten Panzer auf den Rathausplatz stellen“. Wenn wir für die Bürger dringend notwendige Einrichtungen fordern, und nicht gleichzeitig dafür sind, daß der kleine Mann noch mehr geschöpft wird, dann ist das nach SPD-Thomas „unehrenhaft“.

Und nicht zu vergessen, liebe CDU-Wähler, wenn es um Gebührenerhöhungen geht, dann meint auch CDU-Peetz: „Die Gebühren müssen unbedingt angehoben werden“ und CDU-Schmitt-Hauser: „Wir müssen uns damit abfinden, wir können es nicht ändern.“ Wir glauben, unsere Veröffentlichung im letzten „blickpunkt“ über die geplante Müllgebührenerhöhung hat die Herren ganz schön außer Fassung gebracht.



Mörfelder Rentner lassen sich was einfallen

Ein schönes Schild am Egelsbacher Weg, von Rentnern angebracht, weist auf ein begehrtes Plätzchen unserer älteren Mörfelder Bürger hin. Die Aufschrift lautet: „Zum Schwanensee, für Rentner und Anlieger frei“. Gemeint ist der Baggersee an der Neu-

wegsbrücke in der Nähe des Kalksandsteinwerkes.

Bei unserem letzten Informationsstand am Rathaus beschwerte sich ein Rentner über den schlechten Zustand des Weges zwischen Egelsbacher Weg und „Schwanensee“. Es handelt sich zwar um einen öffentlichen Weg, aber die Fahrzeuge des Steinwerkes fahren ihn kurz und klein, so daß Fußgänger und Radfahrer bei schlechtem Wetter kaum noch durchkommen.

Der DKP-Vertreter im Bauausschuß trug dies im Rathaus einmal vor und protestierte dagegen, daß sich die Steinfabrik dort so breit macht. Er verlangte, daß sich der Magistrat umgehend hier einschaltet.

Anscheinend hat dies bereits gefruchtet, denn an der Verbesserung des Weges wird schon gearbeitet.

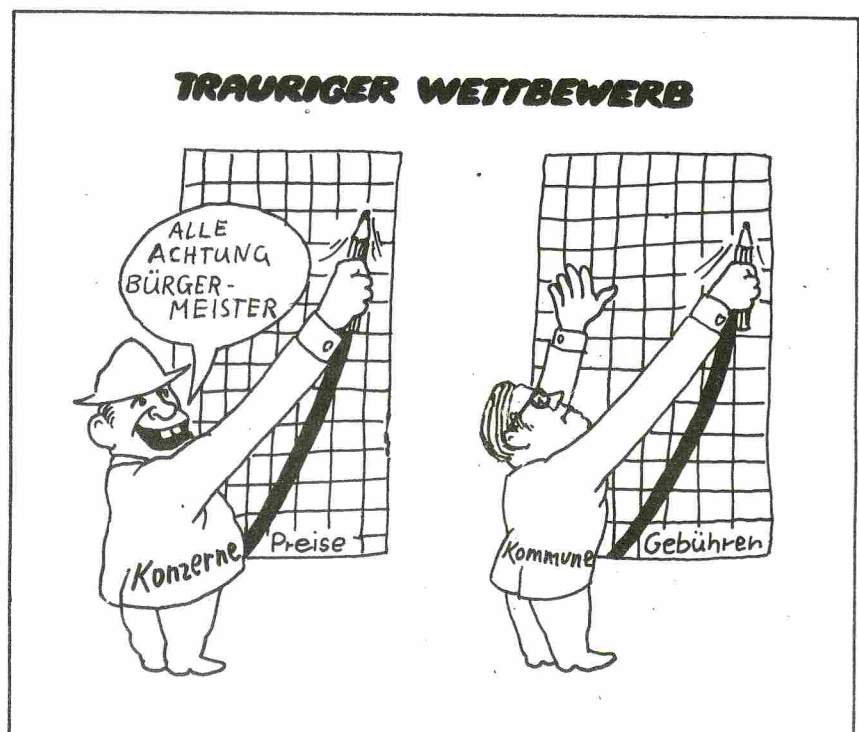


Wußten Sie schon,

daß in Mörfelden 2.000 Angehörige der amerikanischen Besatzungsstreitkräfte einschließlich ihrer Familien wohnen?

daß diese alle unsere Einrichtungen und Versorgungen mitbenutzen, aber daß die Städte für diese Personen nur 50 Prozent von dem erhalten, was das Land an Schlüsselzuweisungen pro Kopf der übrigen Bevölkerung bezahlt?

Sind das versteckte zusätzliche Besatzungskosten?



... aber dann bitte immer!

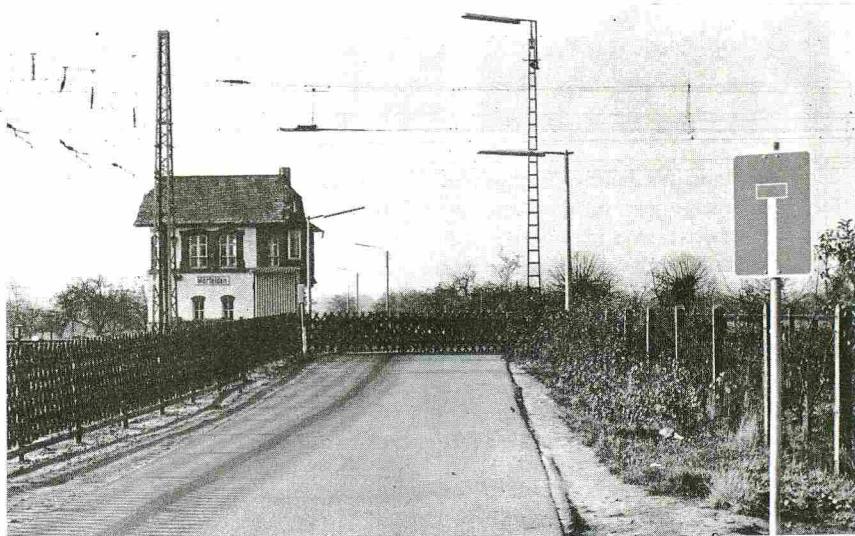
Die DKP hat einen Antrag gestellt, in Mörfelden einen Wochenmarkt einzurichten. Die CDU hat im Ausschuß den Antrag gestellt, vor dem Beschluß der Stadtverordneten noch mit dem Gewerbeverein Rücksprache zu nehmen. Nun sind wir nicht dagegen, daß man sich vor Beschlüssen mit eventuell betroffenen Bürgern in Benehmen setzt. Nur — wie war das denn damals, als man den Mörfelder Gewerbetreibenden den HL vor die Nase gesetzt hat? Da hat man sie nicht gefragt. Sicher, der HL verkauft manches billiger. Nur, wie lange noch? Der Konsum im Gewobag-Gebiet hat schon zuge macht. Auch andere Geschäfte haben schon ihre Pforten geschlossen. Bald gibt's nur noch wenige. Die machen sich dann keine Sorge mehr um niedrigere Preise. Oder glaubt irgendjemand, die würden aus Menschenfreundlichkeit die Preise niedrig halten?

Oder eine andere Sache: auf der einen Seite fragt man den Gewerbeverein — fragt man aber auf der anderen Seite zum Beispiel die Gewerkschaften, wenn man die Müllgebühren vervielfachen will, oder hat man die Bürger zur Fusion gefragt? Allzu glaubwürdig hat man sich mit diesem Antrag nicht gemacht. Trotzdem! Hoffen wir, daß der Gewerbeverein auch gefragt wird, wenn, wie gemunkelt wird, in der Langener Straße ein großer Albrecht-Laden errichtet werden soll. Wie gesagt, nichts gegen die Befragung von betroffenen Bürgern, aber dann bitte immer!

Wir glauben, daß sich ein Wochenmarkt, wie von uns vorgeschlagen, auf keinen Fall gegen Mörfelder Geschäfte richtet. Es entsteht keine Konkurrenz, da auch ortsansässige Interessenten Berücksichtigung finden sollen, es wird dagegen so sein, daß die im Stadtkern vorhandenen Geschäfte von einem Wochenmarkt indirekt profitieren. Wir hoffen, daß die Gewerbevereinigung dies alles anerkennt und eine positive Stellungnahme abgibt, damit wir alle bald in den Genuß einer solchen Einrichtung kommen.

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Probexemplare zu bestellen!



Seit der Freigabe der neuen Bahnunterführung in der Ringstraße ist der Bahnübergang Rheinstraße geschlossen. Dies bedeutet für die zahlreichen Anlieger und insbesondere die Schüler der Gesamtschule zwischen Mörfelden und Walldorf einen erheblichen Umweg. Anstatt wie geplant diese neue Unterführung zu benutzen, wird immer häufiger beobachtet, daß hauptsächlich Schulkinder die Bahngleise überschreiten, um so schneller die Schule zu erreichen. Hier sollte schnellstens etwas unternommen werden. Eine Fußgängerbrücke über die Bahnlinie wäre hier möglicherweise eine geeignete Maßnahme. Jedoch sollte bald etwas geschehen und nicht erst dann, wenn ein Kind beim Überschreiten der Bahngleise verunglückt ist.



Wir haben geheiratet
Elisabeth Gresser
Reinhold Berz
Schwäbisch-Gmünd
Mörfelden/Ulm



Bitte abtrennen und einsenden an:

R. Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3

Der „blickpunkt“, die Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, erscheint jeden Monat. Die Schutz- und Zustellungsgebühr für eine Ausgabe beträgt DM 0,50. Wenn Sie an regelmäßiger Zustellung interessiert sind, kreuzen Sie bitte ein Feld an.

Die Gebühr können Sie durch Bankeinzahlung oder Banküberweisung auf das Konto 90003419 Kreissparkasse Groß-Gerau, bei R. Dötsch, Schumannstraße 3, oder bei jedem Mitglied der DKP Mörfelden entrichten.

Ich bitte um regelmäßige Zustellung

für ein Jahr

für ein halbes Jahr

Name:

Anschrift:

Preise stoppen

Die zu Anfang des Jahres durchgesetzten Lohnerhöhungen für die Arbeiter und Angestellten sind inzwischen von der Inflation und den steigenden Abgaben für öffentliche Dienstleistungen aufgezehrt worden. Der Preiswucher der Monopole, die Preistreiberien des Staates tragen immer mehr dazu bei, daß das reale Einkommen von Millionen Familien in unserem Lande ständig sinkt.

In den nächsten Monaten werden Preissteigerungsraten von über elf Prozent erwartet. Schuldig an dieser Entwicklung ist in erster Linie die Preispolitik der großen Konzerne. Seit Anfang des Jahres erhöhte z.B. die Stahlindustrie die Preise um 25 Prozent, die Chemieindustrie um 20 Prozent, die Elektroindustrie um 20 Prozent. Das Ergebnis dieser profitorientierten Preispolitik ist eine Steigerung der industriellen Erzeugerpreise um durchschnittlich 14 Prozent. Die Preissteigerungen im

Großhandel bewegen sich auf der gleichen Höhe. Der Verbraucher kann sich jetzt schon ausrechnen, wie die Preise in den kommenden Monaten aussehen werden.

Also: Die Preissteigerungen nehmen ständig zu. Die Entwertung unseres hart erarbeiteten Geldes nimmt zu. Sollen wir uns an diesen Zustand gewöhnen, wie wir uns an den Kreislauf des Wetters gewöhnt haben?

Dagegen muß man etwas tun. Und zwar schnell. Gemeinsam können wir diese existenzbedrohende Entwicklung aufhalten. Das ist möglich, wenn wir gemeinsam für die Erhöhung unserer Kaufkraft, für Lohnerhöhungen kämpfen, die das weitere Absinken unserer tatsächlichen Einkommen verhindern.

Das ist möglich, wenn wir gemeinsam für Preisstopp eintreten. Denn nur gemeinsam kann man den willkürlichen Entscheidungen der Unternehmer und des Staates Einhalt gebieten.

So steigen die Preise



Wer macht die hohen Lebensmittelpreise ?

Im September 1974 waren die Nahrungsmittelpreise um 5,7 Prozent höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Verglichen mit 1970 stiegen sie gar um 25 Prozent.

Da haben sich die Bauern also eine goldene Nase verdient?

Einige Zahlen:

Im März 1970 kostete das Weißbrot 1,56 DM, die Bauern erhielten für ein Kilo Weizen 39,9 Pfennig. Im Juli 1974 bekamen die Bauern für diesen Weizen ganze 2,2 Pfennig mehr, das Weißbrot aber kostete 2,41 DM = 85 Pfennig mehr.

Seit 1961/63 sind die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Durchschnitt um elf Prozent gefallen. Die Nahrungsmittelpreise für den Verbraucher sind aber um 47 Prozent gestiegen!

Die Bauern also haben das Geld nicht eingestrichen. Die Differenz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis findet sich in den Bilanzen der Nahrungsmittelkonzerne Unilever, Nestle, Kraft, Oetker, Schweisfurth u.a.

Auch da einige Zahlen:

Unilever hat nach einem Rekordgewinn 1973 seinen Reingewinn im ersten Quartal 1974 um 33 Prozent erhöht. Die

Nestle-Gesellschaft „Allgäuer-Alpenmilch“ steigerte im letzten Jahr ihren Reingewinn um nahezu 250 Prozent! Die DKP fordert:

- Senkung und Preisstopp für Nahrungsmittel auf Kosten der Konzernprofite!
- Garantierte Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte, die die Existenz der Bauern sichern!

Wir sind für



Löhne und Preise ? Profite und Preise !

In der Stahlindustrie z.B. gab es 1973 8,5 Prozent Lohnerhöhung. In der gleichen Zeit stieg die pro-Kopf-Leistung bei Rohstahl um 11,2 Prozent und bei Walzstahl um 14 Prozent. Der Lohnanteil je Tonne Stahl ist also trotz Lohnerhöhung nicht gestiegen, sondern gesunken. Der Stahl hätte billiger werden müssen. Statt dessen gab es Preissteigerungen bis zu 40 Prozent, die voll in die Taschen der Stahlkonzerne geflossen sind.

Wenn ein Stahlkonzern an jeder Tonne Rohstahl 15 Prozent „verdient“, dann würden selbst bei einer Erhöhung der Lohnkosten von 20 auf 23 Prozent immer noch 12 Prozent Profit übrigbleiben – bei gleichbleibenden Preisen und unveränderter Arbeitsleistung. Dazu kommt: Löhne sind an Tarifverträge gebunden. Nach jedem Lohnabschluß gibt es praktisch ein volles Jahr Lohnpause. Die Preise aber steigen ununterbrochen. Bei ihnen gibt es weder Laufzeiten noch Tarifverträge. Es entscheiden allein die Konzernleitungen. Die „Lohn-Preis-Spirale“ ist eine Zwecklüge der Konzerne. Es gibt keine „Lohn-Preis-Spirale“. Aber es gibt eine Profit-Preis-Spirale! Und jede Preiserhöhung füllt die Taschen der Unternehmer.

Muß eine Million Stempeln?

Das sagen die Bosse

Sie fasseln von der freien Marktwirtschaft: frei von jeglicher Arbeit sind Hunderttausende Arbeiter und Angestellte. Sie fordern Investitionshilfe und investieren im Ausland. Sie verlangen den Lohnstopp und setzen die Arbeitslosigkeit als Druckmittel ein, um die Arbeitsetze zu verschärfen.

So lügt die CDU

Sie sagt, die Löhne sind schuld, die Gewerkschaften sind schuld. Ihre finanzkräftigen Freunde in Banken und Konzernen sind unschuldig wie die Lämmer. Strauß fordert, das „Korrektiv“ Arbeitslosigkeit stärker einzusetzen, also noch mehr Arbeitslose.

Das unterläßt die Regierung

Sie versucht, die Arbeitslosigkeit zu verniedlichen. Sie sperrt sich gegen Preiskontrolle bei Konzernen und Monopolen. Kanzler Schmidt will eine „Senkung des Lebensstandards“ und eine Kürzung der sozialen Leistungen. Von Profitexplosion und Preiswucher ist nicht die Rede.

Das Arbeitsplatzprogramm der DKP:

- Jetzt muß die Massenkauftkraft durch deutliche Erhöhung der Reallöhne und Gehälter gesteigert werden. Denn die Stärkung des inneren Marktes sichert Vollbeschäftigung.
- Durch Gesetz muß sofort ein Verbot von Massenentlassungen in Kraft treten. Massenentlassungen verstoßen gegen das Grundgesetz Artikel 14 und 15.
- Die Bandgeschwindigkeit in den Betrieben muß der Absatzlage angepaßt werden und nicht die Belegschaftsstärke der Betriebe.
- Im Falle von Kurzarbeit und Entlassung muß eine gesetzliche Lohnfortzahlung wie

im Krankheitsfalle durchgesetzt werden. Die Großkonzerne können und müssen zahlen.

- Im Falle von Produktionsdrosselung oder beabsichtigter Stilllegung von Betrieben muß die Absicherung der Arbeitsplätze durch Ersatzproduktion garantiert werden.
- Heraufsetzung der Kilometerpauschale auf 50 Pf und Steuererleichterungen und niedrigere Versicherungsleistungen für Klein- und Mittelwagen.
- Sofortige Verwendung der Konjunkturrücklage für Schulen, sozialen Wohnungsbau, Krankenhäuser und andere Gemeinschaftseinrichtungen.

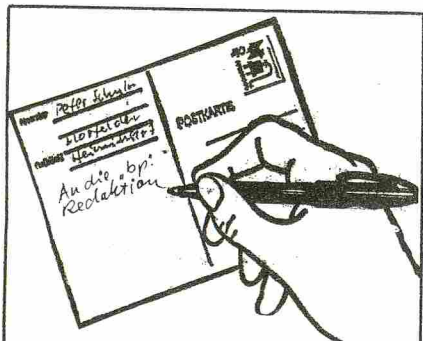
Wo sitzen die Preistreiber?

Sie sitzen noch nicht



Er ist der Schöpfer des modernen China, der Vater des chinesischen Volkes und der Garant der Unabhängigkeit dieser aufstrebenden Weltmacht gegenüber dem Sowjetkolonialismus: Mao Tse-Tung.

Diesen Zeitungsausriß entnehmen wir nicht etwa der „Roten Fahne“ oder einem anderen Maoisten-Blatt, sondern der neonazistischen „National-Zeitung“.



... das schreibe ich dem blickpunkt!

Sicher haben Sie schon bei manchem Problem gedacht, „... das müßte in den ‚blickpunkt‘“ – und dann ging es doch wieder vergessen.

Das muß nicht sein. Schreiben Sie uns, wenn Sie Vorschläge machen wollen, schreiben Sie uns, wenn Sie wollen, daß „Ihr“ Problem an die Öffentlichkeit soll. Wir drucken Ihre Hinweise ab – mit Namen oder ohne Namen – ganz, wie Sie es wünschen.

Ernstes Beruferaten ohne Robert Lembke oder Fragen, die nicht gestellt, Antworten, die nicht gegeben werden

Sind Sie mit der Herstellung oder Verteilung einer Ware beschäftigt?
JA

Könnte man sagen, daß diese Ware nützlich ist? Das würde bedeuten: hat sie einen Gebrauchswert?
JA

Verteilen Sie diese von Ihnen hergestellte Ware selbst?
NEIN

Machen Sie bei der Herstellung der Ware von Werkzeugen Gebrauch?
JA

Gehören Ihnen diese Werkzeuge?
NEIN

Besitzen Sie überhaupt etwas, oder anders ausgedrückt: Geht man richtig in der Annahme, daß Sie außer Ihrer Arbeitskraft nichts besitzen?
JA

Mit anderen Worten: Sie leben vom Verkauf Ihrer Arbeitskraft?
JA

Und mit leben ist gemeint: Sie kaufen sich die dazu nötigen Dinge, um sich Ihre Arbeitskraft möglichst lange zu erhalten?
JA

Und dafür erhalten Sie von denen, die Ihre Arbeitskraft kaufen, Geld?
JA

Man könnte also Ihre Tätigkeit folgendermaßen charakterisieren: Sie produzieren Waren, deren Preis um ein Vielfaches höher ist als der Preis Ihrer Arbeitskraft?
JA

Sie leisten also Mehr-Arbeit. Das heißt: Sie arbeiten vielleicht nur zwei oder drei Stunden am Tag für das Entgelt, das Sie für die Erhaltung Ihrer Arbeitskraft benötigen?
JA

Und den Rest des Tages verbringen Sie damit, daß Sie den Profit dessen, der Ihre Arbeitskraft gekauft hat, vergrößern?
JA

Mit anderen Worten: Auf den Arbeitsprozeß haben Sie keinen Einfluß? Das heißt: Sie können nicht bestimmen, welche Waren produziert werden?
JA

Mit anderen Worten: Sie üben keinen in unserer Gesellschaft seltenen Beruf aus?
JA

Mit anderen Worten: Sie üben also den Beruf aus, den die Mehrheit der Bevölkerung ausübt?
JA

Mit anderen Worten: Sind Sie Arbeiter?
JA

Adam Denger wurde 75

Unser Genosse Adam Denger wurde am 23. November fünfundsiebzig Jahre alt. Er war ein Leben lang aktiv in der Arbeiterbewegung tätig. Als 1945 Sozialdemokraten und Kommunisten "den Karren aus dem Dreck zogen", war Adam Denger mit dabei.

Viele Jahre war er Vorsitzender des DGB-Ortskartells und setzte sich selbstlos für die Kollegen ein. Es gab damals keinen 1. Mai an dem Adam Denger nicht entscheidend mitgewirkt hätte. Für diese Einsatzbereitschaft haben wir ihm zu danken. Gemeinsam mit vielen Mörfeldern wünschen wir unserem Adam viel Glück und Gesundheit für sein weiteres Leben.